



Betreff:

öffentlich

Zukunftsprogramm 2019

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Erstellungsdatum 26.11.2014

Eingang 922: 26.11.2014

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.12.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Zukunftsprogramm 2019 wird mit den Maßnahmen, die bereits im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind, umgesetzt. (Anlage, Tabelle 1)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die weitere Umsetzung der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, die noch nicht im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind (Anlage, Tabelle 2) vorzubereiten. Soweit die Stadtverordnetenversammlung zuständig ist, sind entsprechende Beschlussvorlagen vorzulegen.

Hinsichtlich der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, zu denen derzeit ein Haushaltseffekt nicht quantifiziert ist (Anlage, Tabelle 3), wird der Oberbürgermeister mit der weiteren Prüfung und Umsetzung beauftragt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weitere Maßnahmevorschläge aus der gemeinsamen Klausur mit den Fraktionen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit zu prüfen:

- Die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Hebesatzpunkte (2,2%);
- Die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer;
- Allgemeine Regelung zur Dynamisierung bei Gebührensatzungen und Entgeltordnungen der Landeshauptstadt Potsdam;
- Keine Fortsetzung der finanziellen Beteiligung der LHP am Unterhaltungsaufwand der SPSP (13/SVV/0283) über den Vertragszeitraum hinaus
- Variante zum Maßnahmevorschlag GB 1-10 (Nutzungsverantwortung Vereine)

Die Stadtverordnetenversammlung wird über den Prüf- und Umsetzungsstand des Zukunftsprogramms 2019 jährlich informiert.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

Im Zukunftsprogramm 2019 werden insgesamt 42 Maßnahmen benannt, die sich entlastend auf den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam auswirken könnten. Im Planungszeitraum bis 2019 des Doppelhaushalts 2015/2016 und darüber hinaus sind folgende finanzielle Effekte möglich:

HH-Entlastung in Mio. EUR	2015	2016	2017	2018	2019	ff
Alle Maßnahmen	2,9	6,7	7,7	7,8	8,5	10,5
Bereits im Entwurf-DHH 2015/2016 berücksichtigt	2,0	4,8	5,7	5,9	6,4	8,4

Die Umsetzung der Maßnahmen ist teilweise noch von gesonderten Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung abhängig.

Die Umsetzung der Maßnahmevorschläge aus dem Zukunftsprogramm 2019 wirkt sich bzw. könnte sich wie folgt auswirken:

Ergebnis in Mio. EUR	2015	2016	2017	2018	2019
Entwurf DHH 2015/2016 (mit ZP-Maßnahmen Anlage Tabelle 1)	-2,9	-0,8	0,4	0,5	6,0
<u>ohne</u> geplante ZP-Maßnahmen	-4,7	-5,6	-5,3	-5,3	-0,4
bei <u>Umsetzung aller aufgezeigten</u> ZP-Maßnahmen	-1,9	1,1	2,4	2,5	8,1

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Begründung:

Der Entwurf der Landeshauptstadt Potsdam für den Doppelhaushalt 2015/2016 weist noch Fehlbedarfe aus. Für den Ausgleich der Fehlbedarfe können nach § 63 Absatz 5 BbgKVerf i.V.m. § 26 Abs. 2 KomHKV Rücklagemittel verwendet werden. Aufgrund der Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2007 bis 2011 und der aktuellen Ergebnisprognose für 2012 konnten bzw. können ausreichend Rücklagen gebildet und für den Haushaltsausgleich in 2015 und 2016 herangezogen werden. Durch den Haushaltsausgleich über Rücklagemittel allein wird eine strukturelle Verbesserung des Haushaltes und eine Veränderung hin zu einem investitionsorientierten Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam jedoch noch nicht erreicht.

Durch den Ausgleich der Fehlbedarfe über Rücklagemittel entfällt für die Landeshauptstadt Potsdam die formelle Pflicht, für die Haushaltsjahre 2015/2016 ein Haushaltssicherungskonzept gemäß § 63 Absatz 4 BbgKVerf aufzustellen. Gleichwohl verlangt die Kommunalaufsicht von der Landeshauptstadt Potsdam, dass der bisherige Konsolidierungskurs beibehalten wird, um die grundlegende Voraussetzung für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben wieder zu erreichen und eine freie Finanzspitze zu erwirtschaften, also zahlungswirksame Überschüsse zu erzielen (dauernde Leistungsfähigkeit gem. § 63 BbgKVerf). Der Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthält die zur Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 – 2020 beschlossenen Maßgaben (14/SVV/0063).

Die Landeshauptstadt Potsdam hat die Chance und wäre auch in der Lage, in den Jahren ab 2017/2018 zahlungswirksame Überschüsse zu erwirtschaften. Um auch die weiteren Herausforderungen, die sich u.a. aus den Folgekosten der notwendigen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sowie aus der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ergeben, meistern zu können, sind im Zukunftsprogramm 2019 Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung der Haushaltes enthalten. Diese sind teilweise bereits in den Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 eingearbeitet und ermöglichen somit im mittelfristigen Planungszeitraum den Nachweis der dringend notwendigen Überschüsse. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist zum Teil allerdings noch abhängig von gesonderten Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung.

Das Paket der Maßnahmen für das Zukunftsprogramm 2019 wurde gem. Ziffer 6 des Beschlusses zur Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung in der Arbeitsgruppe der Fraktionen vorgestellt und erstmalig diskutiert. Aus der Diskussion ergaben sich drei zusätzliche Vorschläge, die in der Beschlussvorlage als Prüfauftrag an den Oberbürgermeister aufgenommen wurde.

Anlage:

Tabelle 1 Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, die im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind

GB	FB	Nr	Bezeichnung	HH-Effekt in EUR					
				2015	2016	2017	2018	2019	ff
1	11	GB1-01	Ertragssteigerung durch eine Anhebung des Hebesatzes Grundsteuer B von 520 v.H. auf 555 v.H. ab 2016	0	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000
1	14	GB1-07	Anpassung des Aufwandes für die Durchführung des Bürgerhaushaltes an veränderte Rahmenbedingungen	42.000	0	42.000	0	42.000	
1	15	GB1-09	Konsolidierung der Literaturbestände in der Verwaltungsbibliothek	5.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
2	28	GB2-01	Optimierung des Kostendeckungsgrades der VHS durch Erhöhung der durchschnittlichen Belegung pro Kurs	10.000	30.000	60.000	100.000	100.000	100.000
2	29	GB2-03	Ertragserhöhung durch Anhebung der Unterrichtsgebühren für die Musikschule um 10% ab Aug. 2016		33.500	80.500	80.500	80.500	80.500
2	21	GB2-09	Einstellung der Vertretungsreserve gegen Unterrichtsausfall	35.000					
3	35	GB3-01	Sozialverträgliche Überarbeitung der Elternbeitragsordnung	250.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000
4	47	GB4-02	Privatisierung des Marktes "Am Bassin"		37.100	38.300	38.300	38.300	38.300
4	47	GB4-03	Erhöhung der Entgeltsätze für die Sondernutzung von Straßen		75.000	75.000	75.000	75.000	75.000
4	47	GB4-04	Steigerung des Gebührenaufkommens aus der Parkraumbewirtschaftung gegenüber den Erträgen 2014	595.000	595.000	595.000	595.000	595.000	595.000
4	47	GB4-05	Erhöhung des Eintrittspreises für den Park Bornstedter Feld (BUGA-Park)	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
4	47	GB4-06	Ertragssteigerung durch Überarbeitung der Grünflächensatzung	5.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
9	92	GB9-01	Erhöhung der Entlastungsbeiträge aus verbundenen Unternehmen	500.000	1.000.000	1.300.000	1.500.000	2.000.000	4.000.000
9	92	GB9-02	Reduzierung des Zuschusses für den ÖPNV (Fortschreibung)	500.000	1.000.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000

Tabelle 2 Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, die nicht im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind

GB	FB	Nr	Bezeichnung	HH-Effekt in EUR					
				2015	2016	2017	2018	2019	ff
1	11	GB1-02	Überprüfung und Anpassung der Pachten für Garagen, Klein- und Erholungsgärten an aktuelle Marktwerte	0	57.800	63.800	69.800	75.800	75.800
1	KIS	GB1-10	Reduzierung des Aufwandes für Sportstätten durch Übertragung von Nutzungsverantwortung auf Vereine (Reduzierung der Präsenzzeiten von Hausmeistern)	25.128	66.000	67.000	107.000	152.000	152.000
2	24	GB2-02	Schließung der Kunstwerkstatt Ost		112.200	113.800	113.800	113.800	113.800
2	21	GB2-07	Erhöhung der Kostendeckung des Wohnheimes der Förderschule 42/44 (Überarbeitung der Nutzungs- und Gebührensatzung)		20.000	40.000	40.000	40.000	40.000
2	21	GB2-08	Optimierung der umlagefähigen Kosten des Schulkostenbeitrages		700.000	700.000	700.000	700.000	700.000
3	35	GB3-02	Optimierung der Steuerung der Aufwendungen von Kindertageseinrichtungen	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000
3	35	GB3-03	Gebührenerhebung bei Beurkundungen im Jugendamt	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
3	32	GB3-05	Anbindung der Bußgeldstelle und der Ausländerbehörde an das Dokumentenmanagementsystem (DMS)		36.000	36.000	36.000	36.000	36.000
3	37	GB3-06	Reduzierung der Kosten für Reparaturen und Wartung der Fahrzeuge im Bereich Feuerwehr und Rettungsdienst über das kommunale Fuhrparkmanagement	12.000	12.000	12.000	13.000	13.000	13.000
9	93	GB9-06	Optimierung der Kosten für Versicherungsleistungen der LHP		160.000	160.000	160.000	160.000	160.000

Tabelle 3 Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, für die noch kein Haushaltseffekt quantifiziert ist bzw. quantifiziert werden kann

GB	FB	Nr	Bezeichnung
1	11	GB1-03	Einführung bzw. Erweiterung des Cash-Pooling im Konzern Stadt
1	11	GB1-04	Nutzung von Synergieeffekten durch Zusammenlegung von IT-Bereichen und Nutzung gemeinsamer Raumkapazitäten im Konzern Stadt
1	14	GB1-05	IT-Strategie und Gesamtsteuerung/ Verwaltungsinnovationen
	14	GB1-06	Strategische Steuerung - Leitbildentwicklung
1	14	GB1-08	Raumoptimierung auf dem Verwaltungscampus zur Optimierung von Mietaufwendungen und zur Vermeidung zusätzlicher Investitionen (Konsequente Orientierung an Mindeststandards für die Büroausstattung und -belegung)
2	29	GB2-04	Stabilisierung des Gruppenunterrichts - Fortführungsmaßnahme
2	21	GB2-05	Optimierung des Standortmanagements und der Wirtschaftlichkeit vom Sportareal Luftschiffhafen
2	21	GB2-06	Anpassung/Differenzierung der Entgelte für das Wohnheim am Luftschiffhafen
2	21	GB2-10	Akquise von privaten Spendern für Sanierung und Bau von Schulen
2	21	GB2-11	Entlastungseffekte durch die Einbringung freier Träger beim Bau und Betrieb von Schulen
2	21	GB2-12	Bildung einer interkommunalen AG mit dem Landkreis Potsdam Mittelmark zur Abstimmung der Schulentwicklungsplanung
3	35	GB3-04	Erarbeitung von Standards in der Hilfeplanung (Hilfen zur Erziehung)
3	38	GB3-07	Verstetigung der Ambulantisierung im Bereich Hilfe zur Pflege
3	38	GB3-08	Verstetigung der Ambulantisierung im Bereich der Eingliederungshilfe
4	401	GB4-01	Verzicht auf die Nutzung der Biosphäre als Tropenhaus der Stadt Potsdam
9	92	GB9-03	Einführung einer freiwilligen Tourismusabgabe
9	92	GB9-04	Digitale Bereitstellung von Unterlagen für die Stadtverordnetenversammlung
9	93	GB9-05	Stabilisierung des Stellen und Personalbestands der LHP